



Der Norden treckt nach Krümmel

21.4. Gorleben- 22.4. Uelzen- 23.4. Lüneburg- 24.4. Krümmel

Es ist das Jahr, in dem die ältesten Atom-Meiler Deutschlands vom Netz müssen. Doch die Regierung verhandelt mit den Atomstromkonzernen über Laufzeitverlängerungen. Gefahrenzeitverlängerungen? Nicht mit uns. Wir werfen die Trecker wieder an. Von Gorleben solls nach Krümmel gehen.

Von Gorleben, wo dem Salzstock trotz Nichteignung eine Atommüllkippe droht. Nach Krümmel, zum Schrottreaktor, der seit Monaten stillsteht. Krümmel darf nie wieder ans Netz. Doch nicht nur Trecker sind mit von der Partie. Es ist die Hauptsaatzeit und die Bauern aus dem Wendland können nicht die ganze Last schultern. Also wird dieser Treck besonders bunt! Am 21. April, wenn die Krawane an den Gorlebener Atomanlagen startet, werden sich Traktoren, Fahrräder, Rollschuhe, Pferde, Kanus, Lkw, Bauwagenspanne und Wohnmobile auf den Weg machen. Über Uelzen und Lüneburg führt der Protest für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen. Unterwegs gibt es Kundgebungen, Ansprachen von Initiativen, Kommunen und Kirche, nach Schätzungen des ukrainischen Atomphysiker Wladimir Tschernosenko hat der Atomunfall eine Million Menschen das Leben gekostet oder wird es noch tun. Die Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland will raus aus der Atomkraft. Das wollen wir sichtbar machen am 24. diesen Jahres. Gemeinsam mit vielen aktiven Standort- Initiativen gibt es ein Konzept an drei Orten: Demonstrationen in Biblis, Ahaus und Krümmel werden die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen einfordern.

Der Süden geht nach Biblis, den maroden

Atommeiler umzingeln. Biblis liegt knapp hinter Brunsbüttel auf dem zweiten Platz der Pannenstatistik. Und wir finden, nicht nur, wer stört, fliegt raus. Der Westen geht nach Ahaus. Dort soll schwach- und mittelradioaktiver Abfall aller deutschen AKW's ins Zwischenlager, dazu noch 152 Castoren aus dem Kernforschungszentrum Jülich, 150 Castorbehälter aus der WAA La Hague, ein neues Zwischenlager für Uranoxid sowie Transporte von und zur bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage in Gronau: all das droht Ahaus, dem Münsterland und den Menschen, die dort in NRW leben.

... eine Kettenreaktion

Am selben Tag wird es eine Kettenreaktion geben, eine Menschen- und Aktionskette von Brunsbüttel nach Krümmel. 120 km getragen von einem Bündnis aus Umweltorganisationen und Parteien. Unser Kundgebung in Krümmel fängt nach der Kettenreaktion an, es sind alle eingeladen teilzunehmen. Die Parteifahrer dürfen vorher in die Busse verfrachtet werden. Wir grenzen uns bewusst ab, machen unsere eigenen Aktionen. Denn uns ist es wichtig, als "Speerspitze" der Anti- Atom- Bewegung den rein außerparlamentarischen Protest zum Ausdruck zu bringen. Das ist kein Gegeneinander, es ist ein Nebeneinander und darf durchaus gemeinsam verstanden werden, zählen tun alle, die sich engagieren. Wir haben aus Erfahrung gelernt, sind für Bündnisse, aber nicht um jeden Preis. Gemeinsam ist uns, dass wir raus wollen aus der Atomkraft. Und wir wollen Regenerative Energien. Es unterscheidet uns der Weg und das Tempo: wenn das, was die Oppositionsparteien jetzt wieder erzählen, damals schon umgesetzt worden wäre, dann hätten wir das Problem jetzt nicht.



Wir vertrauen lieber auf die eigene Kraft.

Dazu laden wir alle ein: beteiligt euch, zu Land zu Wasser und in der Luft. Setzt eure Ideen in die Tat um, gemeinsam geht's am 21. April los. Wer nicht so viel Zeit locker machen kann, kommt hinterher, am 24. April gibt es ein großes Familienfest mit der Elterninitiative Geesthacht, eine Kundgebung mit nicht zu vielen und zu langen, aber klugen Worten, gute Musik und ein Camp bis zum Sonntag, dann geht's wieder nach Haus.

**Wir sehen uns in Krümmel!
Und wir meinen es ernst.
Wir geben keine Ruhe.
Atomkraftwerke stilllegen, sofort!
Atommüllkippen- Pläne für Gorleben vom Tisch fegen,
für immer!**

K. Rudek,
BI Umweltschutz Lüchow Dannenberg e.V.



Stand der Dinge

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebinden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmiede Mol entdeckt („Transnuklearkandal“). 1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlageregesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BI musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierete radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

CASTOR-Halle

Die oberirdische Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elfeinhalb Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand weiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Kokillen) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Kokillentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summierten sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei Seerau/ Hitzacker sich

Fachtagung Gorleben

Unabhängige Wissenschaftler zur Geologie des Salzstocks

2009 war wieder mal ein spannendes Jahr. Der Salzstock Gorleben stand ganz unerwartet im Blickpunkt. Während die Asse langsam absäuft, melden sich ganz unerwartet einige Wissenschaftler und ehemalige Behördenmitarbeiter zur Eignung des Salzstocks Gorleben und den Ereignissen, die zur Festlegung dieses Standortes führten. Endlich springen Journalisten auf die Nachricht an. Der Salzstock Gorleben und seine Eignung für ein Endlager wird jenseits von EIJ, FR und taz Thema im Spiegel und der Süddeutschen Zeitung, selbst die konservativen Zeitungen Die Welt und FAZ kommen an dem Thema nicht mehr vorbei.

Das alles ist nicht wirklich neu. Warum das jetzt Thema wird müssen uns mal Kommunikationswissenschaftler oder Journalisten erklären. Und es geht in diesem Jahr noch weiter. Es werden immer mehr Details bekannt. Und soviel wissen wir nun: bei der Festlegung des Standorts Gorleben ging es nur ganz am Rande um Fragen der Eignung des Salzstocks für eine Endlagerung hochradioaktiven Atommülls. Der Bundestag wird das nun in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss näher beleuchten.

Nachdem weder sozialdemokratische noch grüne Umweltminister Gorleben den Garaus gemacht haben, müssen wir uns nun mit einer Bundesregierung auseinandersetzen, die alle Veröffentlichungen des letzten Jahres ignoriert und vernebelnd von einer ergebnisoffenen Erkundung des Salzstocks spricht. Sie wollen hier Endlager bauen. Das „rutscht“ dem einen oder anderen Politiker auch immer wieder raus. In der Diskussion waren mit dem Ergebnis des AKEnd schon viel weiter.

Es geht hier knallhart um Politik und wirtschaftliche Interesse. Wer die Laufzeit der Atomkraftwerke verlängern will braucht ein Endlager und für die Gerichte zumindest einen Fortschritt in der Endlagerforschung. Mit dem Scheitern von Asse könnte ein Scheitern in Gorleben das schnelle Aus für alle Atomkraftwerke bedeuten. Soweit wollen es die Atomfetischisten um Merkel und Westerwelle nicht kommen lassen.

Zum Glück ist das alles für die Betreiber gar nicht so einfach. Ende der Siebziger ging es in Gorleben noch um das „Nukleare Entsorgungszentrum“. Der Salzstock stand gar nicht im Zentrum des Interesses der Betreiber. Es musste schnell gehen und viel Staub wollte man nicht aufwirbeln, nach dem Zeitplan wollte man schon lange fertig sein. So kommt es, dass nun die Betriebspläne für das Bergwerk und die Pachtverträge mit den Bauern für die Nutzung des Salzes auslaufen.

In das Verfahren für die Verlängerung der Betriebspläne zur weiteren „Erkundung“ des Salzstocks wollen wir uns mit einer Fachtagung einmischen. Am Freitag, den 16. April 2010 beginnen wir am Abend im Hotel Alte Post in Dannenberg mit einem Rückblick auf die Geschichte der Endlagerforschung in Deutschland. Der Historiker Detlev Möller hat Anfang letzten Jahres eine Doktorarbeit zu genau diesem Thema veröffentlicht. Wir haben ihn gefragt, ob er uns die Ergebnisse seiner Aktenstudien darlegt, die sich Schwerpunktmäßig mit der Asse auseinandersetzen, und hoffen, dass er zu uns kommt. Der Journalist Jürgen Voges hat die skandalösen rein politischen Entscheidungen offen gelegt, die zu einem Erkundungsbergwerk Gorleben geführt haben. (Siehe sein Beitrag auf Seite??) Er wird an dem Abend den Blick dann auf Gorleben lenken.

Am zweiten Tag wollen wir mit einigen Wissenschaftlern dann über die Eignung von Gorleben diskutieren. Professor Bertram aus Göttingen ist Mitglied in der Arbeitsgruppe Optionenvergleich und der Begleitgruppe Asse II. Er wird darlegen, welche Konsequenzen aus den Vorgängen um die Asse für Gorleben zu ziehen sind. Das Endlager Asse II wurde uns schließlich lange Zeit als Vorbild für ein Endlager Gorleben verkauft. Ist die Asse also ein „Lehrstück für Gorleben“?

Professor Dr. Dieter Ortlam hat lange Zeit für das Land Niedersachsen als Geologe gearbeitet. Seine fachliche Meinung war von seinen vorgesetzten Dienststellen nicht gefragt, dabei hatte er schon vor der Festlegung auf den Standort Gorleben handfeste Erkenntnisse gehabt, dass „Gorleben die falsche Wahl war“. Pleistozäne Rinnen und der DGH-Effekt sind sein Thema.

Am Nachmittag wird Diplom-Geologe Ulrich Schneider aus Kiel haarklein die wissenschaftlichen Argumente darstellen und für Laien verständlich erörtern, warum die Erkenntnisse jetzt schon ausreichen, um von dem Standort Gorleben Abstand zu nehmen und eine weitere Erkundung reine Geldverschwendung ist, die rein politisch begründet ist.

Wie sollte es mit der Endlagerforschung weitergehen sollte, stellt der Wissenschaftler und Geologen Jürgen Kreuzsch aus der Sicht dar. Durch seine langjährige Arbeit – er war auch Mitglied im AKEnd – ist er einer profundesten Fachmänner zu der Frage „Gorleben was nun ...“.

Wir werden als Bürgerinitiative den Tag mit einer politischen Stellungnahme zu den Ergebnissen der Fachtagung abschließen, um unsere Position in den anstehenden Verfahren zu verdeutlichen.

T. Koopmann

Ministerpräsident Wulff will Karibikinsel kaufen

Reingefallen! – Beinahe hätten wir uns blamiert. Nicht wegen unserer Forderungen nach dem Sofortausstieg oder weil wir auf der Parteienunabhängigkeit bestehen, sofern es um die Demo am 24. April in Krümmel geht. Nein. Eine Meldung aus der taz - Hamburg vom 25. Januar verstörte und empörte. Da hieß es unter der Rubrik "Südwesten", Niedersachsens Strahlemann Wulff wolle einen erheblichen Batzen der Extraprofite, der aus der Verlängerung der Laufzeiten resultiere. "Wir wollen verlässliche Aussagen des Bundes, dass diejenigen, die die Lasten schultern, auch den Nutzen davon haben", sagte demnach Wulff und ergänzte jovial, "...am Ende landet der ganze Dreck doch sowieso bei uns. Das hat mein Parteifreund Ernst Albrecht geschickt eingefädelt." Und es kam noch dicker: "Wir brauchen soviel Geld, dass wir eine kleinere Karibikinsel davon kaufen können." Dort könnten

dann strahlengeschädigte Kinder zur Erholung hingeschickt werden. Noch ein Zitat: "Wir haben da Erfahrung: Das hat mit den Tschernobyl-Kindern auch prima geklappt."

Hat er aber gar nicht gesagt! Der "Südwesten" ist Satire. Allerdings muss man erst mal drauf kommen. Beim Googeln kam unser Pressesprecher nicht voran. Er ist ja manchmal zu schnell und vertippt sich gern, aber durchaus vorsichtig, wenn es sich um ungesicherte Quellen handelt. "Südwesten", so eine Zeitung fand sich nicht im Netz, dafür Immobilienangebote, Ferienhäuser, Ausrüstungen für Segeltörns... Ein Anruf bei der taz brachte schließlich Klarheit. Aber auch Trost: "Sie sind nicht der erste, der wegen unserer Rubrik hier anruft!" War also doch was dran.

Wolfgang Ehmke

Nikolaus im niedersächsischen Landtag

Erste Zweifel an Gorleben gab es schon 1976, die miesen Tiefbohrergebnisse wurden 1981 ignoriert. Auch im Dezember 2006 war die Politik mit den Betreibern der Atomenergie noch keinen Schritt weiter. Frohlockte über Millionen Einnahmen durch marode Kernkraftwerke. Und auch in der Frage der ungelösten Probleme der Endlagerung fiel denen immer nur Gorleben ein.

Politik und Atomwirtschaft litten offensichtlich unter Erkenntnisblockaden. Um denen mal einen neuen Impuls zu geben, verschafften sich Atomkraftgegnerinnen und Atomkraftgegner Raum und Gehör zur aktuellen Debatte „Klimaschutz“ im Landtag Hannover. Wir hatten den Eindruck, der von uns ausgehende Impuls tut den Abgeordneten gut – es kam endlich Bewegung in den Laden.

Dass sie uns nicht alle lieben, wissen wir ja. Immer legten wir den Finger in die offene Wunde Atomkraft und Endlagerung. Das führt immer mal wieder dazu, dass sie uns polizeilich begleiten lassen. So geschehen Nikolaus 2006. Es gab für die 50 Nikoläuse aus dem Wendland ein paar Treffen mit der Justiz im Landgericht Hannover. Die meisten endeten mit Freispruch. Einige mussten 100 Euro dalassen, was uns nicht freut, aber auch nicht abschreckt.

Es gibt Beziehungen, die sind von längerer Dauer. 6 Nikoläuse blieben ohne Einladungen. Nun im Februar 2010, fast 4 Jahre danach, wünschte man uns in Hannover im Landgericht zu sehen. Arbeitstitel „Störung der Tätigkeit einer Gesetzgebungsordnung“.

Wie kann man etwas stören, wenn doch keiner tätig ist. Darüber konnte mit dem Gericht keine Einigkeit erzielt werden. Das Gericht wollte uns mit je 200 Euro ärgern, sah aber doch den wachwerdenden Impuls durch

uns auf die Abgeordneten und honorierte diesen mit 50 Euro, also 150 Euro pro Nikolaus. Da diese an das Frauenhaus in Lüchow gespendet werden, hielt sich unser Unmut in Grenzen.

Wer mit uns fühlt kann sich gerne unter dem BI-Spendenkonto Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg 44060721 (BLZ 25850110) unter dem Arbeitstitel „Nikoläuse verursachen Schlafstörungen“ beteiligen.

Edelgard Gräfer



Glaskokillen können bersten

Gerade erst hat das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) einen neuen Castor-Behälter genehmigt. Der CASTOR® HAW28M wird mit 28 Glaskokillen befüllt, 11 dieser Behälter, so ist zu erwarten, sollen im Herbst 2010 aus der französischen Wiederaufbereitungsanlage Cap de La Hague ins Zwischenlager Gorleben transportiert werden.

Zweifel an der Langzeitsicherheit werden nun durch eine deutsch-amerikanische Forschungsgruppe erhoben. Im Fachmagazin "Angewandte Chemie" warnen sie davor, dass das Glas, das den hochradioaktiven Müll einschließt, bei Wasserkontakt bersten könnte, das berichtet der "Spiegel" in seiner neuen Ausgabe. Was nützt es, wenn die Genehmigungsbehörde nur den Transport- und Lagerbehälter unter die Lupe nimmt und sich dabei auf Rechenmodelle verlässt, wenn der riskante Stoff, der transportiert wird, in einem Endlager bei Wasserkontakt zerbersten kann?!

Das BfS spielt die Kritik herunter, diese Warnungen würden "nicht den Stand der Diskussion um die Langzeitsicherheit bei der Endlagerung von verglasten wärmeentwickelnden Abfällen widerspiegeln." Widerspruch ist angesagt. Denn das Einlagerungskonzept der Gorleben-Betreiber im benachbarten "Erkundungsbergwerk" im Salzstock Gorleben, das nach dem Willen von Schwarz/Gelb weiter auf seine Tauglichkeit als Endlager "erkundet" werden soll, sieht inzwischen die behälterlose Einlagerung vor. Schon die Aussicht auf 500 Jahre Sicher-

heit durch die technische Barriere „Behälter“, ist eine zweifelhafte Angelegenheit, das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), das mit der Errichtung eines Endlagers betraut ist, hat bisher nicht darauf reagiert, dass die Baufirma, die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern (DBE), derzeit eine behälterlose Einlagerung hochradioaktiver Abfälle erprobt.

Die Gorleben-Gegner hatten wiederholt darauf hingewiesen, dass die DBE in ihrer Versuchsanlage in Landsbergen/Weser, einem alten Kohlekraftwerk, entsprechende Versuche, das Hantieren mit den sogenannten BSK-3-Kokillen durchführe. Ursprünglich sollten die Castorbehälter nach einer längeren Lagerzeit in der Pilot-Konditionierungsanlage (PKA) Gorleben entladen werden. Brennelemente bzw. verglaste hochradioaktive Abfälle aus der Wiederaufarbeitung würden in Pollux-Behälter – die Endlagerbehälter – umgepackt. Die dickwandigen Pollux-Behälter galten als erste Barriere in einem Mehrbarrierenkonzept bei der Endlagerung radioaktiver Abfälle. Nun sollen lediglich Abschirmungen beim Hantieren mit den BSK-3-Kokillen verwandt werden, um die Strahlenbelastung des Personals zu minimieren, auf Behälter würde verzichtet.

Der geplante Castortransport im Herbst nach Gorleben muss gestoppt werden und wird deshalb auch die Gerichte beschäftigen, hier wird offensichtlich, dass die Endstation das Zwischenlager ist, wenn die Kokillen gar nicht endlagerfähig sind.

Wolfgang Ehmke

für die tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. – Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 immer 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 91 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zugigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

Pilotkonditionierungsanlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich deren Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atommüll dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 kracht ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wassereinträge beim Abteufen begleiten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagerecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan.

Schwarz-Rot wollte offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wurde schon unter Rot-Grün nicht mit den planerischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass jetzt nach den Wahlen die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlager suche wieder ge-zückt wird.

Tag X und Großdemo 24.4. in Ahaus

Seit die Münsteraner Bezirksregierung am 9. November letzten Jahres die Genehmigung für die Einlagerung von schwach- und mittelradioaktivem Atommüll ins Zwischenlager Ahaus erteilt hat, ist der Widerstand wieder spürbar gewachsen. So fand am 20. Dezember im tiefsten Schneetreiben ein Sonntagsspaziergang mit 300-350 Leuten am Zwischenlager statt. Und am 24. Januar machte sich ein Autokonvoi in Ahaus auf Richtung Duisburg und Jülich – dem Castor entgegen.

Duisburg? Jülich? Ja richtig, denn in Duisburg-Wanheim betreibt die GNS seit 1985 eine leider kaum beachtete Atommüll-Konditionierungsanlage für bundesweit anfallenden Atommüll. Bisher gingen die Transporte von dort wohl vor allem ins Fasslager nach Gorleben, doch aus Kapazitätsgründen – die GNS will in Duisburg massiv ausbauen – soll das Ziel nun Ahaus sein. Dort soll der Atommüll für den Schacht Konrad vorsortiert werden, denn die Behörden arbeiten schon jetzt eifrig an einem „Einlagerungsplan“ für Konrad.

In Jülich bei Aachen betreibt die GNS auf dem Gelände des Forschungszentrums eine Landesammelstelle für Niedersachsen. Auch dort sollen die Kapazitäten erschöpft sein, also ab nach Ahaus. Gleichzeitig plant das Forschungszentrum (90% Bund, 10% NRW) seine 152 Castoren mit 300 000 hochradioaktiven Brennelementkugeln spätestens ab 2011 nach Ahaus zu bringen. Dabei gibt es in Jülich selbst genug Probleme. Die Proteste aus dem Münsterland brachten die Altlasten wieder zu Tage. Die Ruine des Forschungs-

reaktors AVR ist total verstrahlt und nach einem schweren Störfall 1978 weiß angeblich niemand, wie verseucht der Boden unter dem Reaktor ist. Deshalb will das Forschungszentrum in einer weltweit einmaligen Aktion den kompletten Reaktor aufbocken und einige hundert Meter in ein neues Zwischen-Endlager verschieben. Dennoch reden die Betreiber munter von einer „Grünen Wiese“, die sie herstellen wollen ...

Der Autobahn-Aktionstag am 24. Januar war ein großer Erfolg. In Duisburg gingen 200 Leute auf die Straße, in Jülich 150. Das waren vor Ort seit langem die ersten größeren Anti-Atom-Proteste und seither tut sich an beiden Atomstandorten wieder einiges. Auch die Medien berichteten sehr kritisch über die geplanten Atommüllverschiebungen, zumal drei Tage zuvor in der UAA Gronau ein Arbeiter schwer verstrahlt wurde (s. Artikel in dieser Ausgabe). Damit hatten wohl weder die Landesregierung, noch die GNS oder das Forschungszentrum Jülich gerechnet.

Nun laufen in Ahaus, im Münsterland und an vielen Orten in NRW die Vorbereitungen für den Tag X in Ahaus, die Frühjahrskonferenz der Anti-Atom-Bewegung in Ahaus vom 19.-21. März sowie die NRW-Großdemo am 24. April. Für die Atommülltransporte fehlte bei Redaktionsschluss noch eine Änderungsgenehmigung des BfS, dann will die GNS sofort loslegen. Das kann noch vor den Landtagswahlen am 9. Mai sein, aber auch direkt danach. Auf jeden Fall wird bei geplanten zwei Transporten pro Woche im Laufe von 10 Jahren reichlich Gelegenheit zum demonstrieren geben! Doch Atomtransporte nach Ahaus werden wie in der Vergangenheit kein

leichtes Spiel werden.

Mit der Großdemo am 24. April wollen die Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland und in NRW das Thema Atomausstieg politisch mitten in den Landtagswahlkampf einbringen. In NRW sind EON und RWE beheimatet, die UAA Gronau wird massiv ausgebaut und mit Jülich und Duisburg gibt es weitere aktive Atomstandorte – nicht zu vergessen die benachbarten AKWs Lingen und Grohnde. Es gibt also viele gute Gründe am 24. April auch im tiefen Westen für den Atomausstieg auf die Straße zu gehen. Die NRW-Initiativen wollen an diesem bundesweiten Aktionstag ihren Teil leisten.

Doch schon jetzt ist es wichtig, den Blick vorauszuwerfen. Nach der NRW-Landtagswahl am 9. Mai ist mit einer Vielzahl an möglichen Bündnissen zu rechnen: Schwarz-Gelb, Rot-Grün oder Schwarz-Grün sind die wahrscheinlichsten. Egal, wie die Wahl ausgeht, das Thema Atom wird enorm wichtig sein und sich definitiv nicht von alleine lösen. Deshalb wäre die Anti-Atom-Bewegung gut daran beraten, die Koalitionsverhandlungen in Düsseldorf im Frühjahr genauso intensiv zu begleiten wie die in Berlin im Herbst, zumal EON (Düsseldorf) und RWE (Essen) gleich um die Ecke ihre Hauptsitze haben. Nach der NRW-Wahl wird es in Sachen Atomausstieg politisch hart zur Sache gehen – da ist die Anti-Atom-Bewegung in besonderem Maße gefragt.

*Aktuelle Infos zum Tag X in Ahaus, zur Frühjahrskonferenz und zur Ahaus-Demo unter:
www.kein-castor-nach-ahaus.de und
www.sofa-ms.de
Matthias Eickhoff*

EXTRAPROFITE DER KONZERNE STATT ATOMAUSSTIEG - GEGEN DIE MACHT DER KONZERNE, WIR LASSEN UNS NICHT KAUFEN

Richtungsentscheidung 2010

In diesem Jahr stehen wichtige energiepolitische und -wirtschaftliche Weichenstellungen an. Schwarz/Gelb will die Laufzeitverlängerung der AKW's und die zügige Wiederaufnahme des als "Erkundung" getarnten Ausbaus des Salzstocks Gorleben als nukleares Endlager. Die Regierungsmehrheit kann sich auf die Mehrheit der abgegebenen Stimmen und die Mehrheit der Mandate im Bundestag stützen, aber nicht auf eine Bevölkerungsmehrheit pro-Atom.

Die bundesweit agierende Anti-Atom-Gruppe „ausgestrahlt“ kündigt nun auf ihrer Homepage als Reaktion eine Menschenkette am 24. April zwischen Krümmel und Brunsbüttel an. Das breite Bündnis schließt die Oppositionsparteien mit ein. (Junge Welt 21.01.10) Die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg favorisiert hingegen eine Konzentration auf die Brennpunkte Neckarwestheim, Biblis, Krümmel und Ahaus. Einen Schulterschluss mit Parteien lehnt die BI aus grundsätzlichen Erwägungen ab, der Anti-Atom-Protest solle vielmehr Parteien dazu bringen, sich zum Thema zu positionieren. Die Wendländer wollen im April zu einem Treck nach Krümmel starten und dort am 24. April für den Sofortausstieg demonstrieren.

Verteilungskämpfe

Das zögerliche und taktierende Verhalten der Regierungskoalition hat damit zu tun, deshalb wird offen darüber geredet, das Thema solle bis zu den Wahlen in NRW flach gehalten werden. Es hat aber auch mit den Verteilungskämpfen unter ver-

schiedenen Kapitalfraktionen zu tun: Regenerativ contra Atomkonzerne, die wiederum wollen den Einstieg in die Offshore-Anlagen mit Hilfe des anvisierten nordeuropäischen Verbundnetzes.

Massiv zu Wort melden sich auch die kommunalen Anbieter. Die Interessengemeinschaft von 8 der größten Regionalversorger, 8KU, rechnet mit milliardenschweren Belastungen und plädiert für mehr Wettbewerb. Bisher liefern die Kommunen rd. 15 Prozent des Stroms, die vier Großen hingegen 80 Prozent. Viele Stadtwerke hatten in den vergangenen Jahren Investitionen in neue Gas- und Kohlekraftwerke sowie Windparks in Angriff genommen. Sie wollen so die Marktmacht der vier Großkonzerne brechen. Die Investitionen lohnen sich aber nur bei hohen Preisen im Stromhandel. Die Stadtwerke haben dabei ein stetig sinkendes Angebot von billigem Atomstrom einkalkuliert, eine Laufzeitverlängerung lehnen sie ab. (Handelsblatt 19.1.10)

Der Staat kann bei einer Deregulierung der Laufzeiten vorerst nur mit geringen Einnahmen aus den Zusatzgewinnen der Energiekonzerne rechnen. Selbst bei einer Abschöpfung des Großteils solcher Gewinne seien in dieser Legislaturperiode höchstens 300 Millionen Euro pro Jahr zu erwarten, berichtete die "Berliner Zeitung" unter Berufung auf eine Studie der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW). (Berliner Zeitung 5.11.09) Die Analysten gehen davon aus, dass Nachrüstungsinvestitionen von 3,2 Milliarden Euro für einen Weiterbetrieb alter Atomkraftwerke nötig seien.

Weiterbetrieb kommt teuer zu stehen

Die Ertüchtigung einiger AKWs wie Brunsbüttel und Krümmel kommt die Konzerne also teuer zu stehen, gleichzeitig sollen aber von den zu erwartenden Extraprofiten nach den Vorstellungen des FDP-Wirtschaftsministers Rainer Brüderle die Hälfte, das wären nach Schätzungen der LBBW rund 20 Mrd. Euro bei der Verlängerung der Laufzeit um 10 Jahre, in eine Stiftung oder wie auch immer – auch das ist noch nicht klar – fließen, um die Regenerativen weiter anzuschieben. (Handelsblatt 18.1.10)

Auf diesem Hintergrund hatte ein Kreis von Einzelpersonen mit dem Logo ihrer Verbände für den 16. Januar zu einem Treffen nach Hannover eingeladen. Im Text der Einladung wird sogar noch Bezug genommen auf die Beschlüsse der Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Hitzacker.

Gut besuchtes Beratungstreffen

Das Treffen war gut besucht, aber schon bei der Vorstellungsrunde wurde die übergroße Präsenz von Umweltverbänden und Parteien deutlich, von den lokalen Anti-AKW-Gruppen waren nicht viele angereist. Dennoch wurde in der Debatte um den Vorschlag zunächst deutlich, dass die Skepsis überwog, ob ein solch "ambitioniertes" Projekt (das war auch das Zauberwort des Tages) realisierbar sei. Die Mobilisierungsmöglichkeiten im ländlichen Raum, vor allem in der Elbmarsch und der langen Strecke an der Unterelbe stünden krass im Gegensatz zu den positiven Erfahrungen mit der Lichterkette im Raum Salzgitter, wo

schließlich mit der Asse und dem Schacht Konrad als politischer und medialer Dauerbrenner den Background abgaben.

Als Gegenvorschlag stellten wir unsere Treck-Idee mit der abschließenden Demo in Krümmel vor und betonten, wie wichtig es sei, dass in Ahaus und im süddeutschen Raum (Biblis, Neckarwestheim) weitere Demo-Orte liegen müssten, gerade weil die aktuelle Debatte um diese Kraftwerke geführt wird.

In der Debatte blitzen auch die Widersprüche zwischen Parteien und außerparlamentarischer Opposition immer wieder auf. Die verheerende Rolle des "Atomkonsenses", der den Atomausstieg verfehlte, die Bewegungsförderung einer SPD-Stillschweigend wurde der wohl "über-ambitionierte" Plan fallen gelassen, auch eine Südkette anzugehen, obwohl von der Sache her mit der sich zuspitzenden Lage in Neckarwestheim und Biblis A und B der Fokus auch auf diese AKWs gerichtet werden müsste. Mit den Interessen auch einiger Parteienvertreter, respektive Grüner, auch in Ahaus zu demonstrieren mit Blick auf die NRW-Wahlen, wollten die Einlader nicht kollidieren. Die Idee, im September eine Südkette zu organisieren, wurde auch nicht weiter vertieft. Kurz nach dem Treffen in Hannover räumten "Südvertreter" sogar ein,

dass sie lieber zur Nordkette fahren würden, da zur Zeit im Süden weder die Strukturen noch die Gruppen vorhanden wären, so groß aufzutrompfen. Auf Nachfragen, ob nicht im September in Salzgitter demonstriert würde, kam die klare Ansage der AG Schacht Konrad, ja, es wird. Und dann rollt der 12. Castortransport und wir werden dafür sorgen, dass der Widerstand gegen diesen Transport auch zu einer Abstimmung über die Atompolitik der Regierung und den Beschluss, in Gorleben weiter zu bauen, ausfällt.

Parteien mischen mit

Das Ergebnis der Abstimmung stand fest, denn wer eine solche Menschenkette in gut zwei Monaten will, muss loslegen und muss auf die Unterstützung der Parteien bauen, unter anderem auf deren Mitfinanzierung des Projekts. Das ist natürlich ein "Sündenfall", denn die Anti-Atom-Ini's und Umweltverbände waren gut beraten, am 5. September zwar im Vorfeld der Bundestagswahlen zu demonstrieren, aber als Bewegung "von unten", um denen, die ohnehin täglich die mediale Verfügbarkeit nutzen, den Parteien, klar zu machen, es gibt sie noch, die außerparlamentarischen, schrillen, fantasievollen "Korrekteure" der Parteienpolitik, die systemkritischen "Anti-Claqueure". Von überall gingen Glückwünsche ein,

die Demo sei im Wahlkampf der einzige Farbtupfer in der ermüdenden Parteienauseinandersetzung gewesen, geschickt getimt und überhaupt voller generationenübergreifender Kraft.

Nichts gegen Zweckbündnisse, wie sie am Ende in Berlin zustande kamen, die Gewerkschaften und Kirchenkreise einbeziehen. Warum es so wichtig ist, dennoch die parteipolitische Vereinbarung zu vermeiden, hat etwas mit den politisch völlig unterschiedlichen Rollen von Parteien und Ini's zu tun: kein Schielen auf Wahltermine, langfristige, Legislaturperioden und Parteienkompromisse überdauernde Forderungen, Wächter, radikale Kritiker, utopisch, systemkritisch und doch mit beiden Beinen auf dem Boden.

Das setzt solidarische Beratung, Verständigung und manchmal auch eine Stimmung voraus, wie sie mit dem Treck unserer Bäuerinnen und Bauern erst entstand. Natürlich stehen wir trotz der ganzen Skepsis gegenüber diesem Beschluss nicht abseits, wir werden loslegen, aber eben nur nach Krümmel. Ab 21. April. Als bunter Treck, ohne Parteifahren. Mit Power.

ATOMKRAFT NEIN DANKE! ATOMAUSSTIEG SOFORT, SCHLUSS MIT DER ERKUNDUNGSLÜGE IN GORLEBEN

Wolfgang Ehmke

Uran im Urin

Bisher schwerster Störfall in der Gronauer Urananreicherungsanlage

Am 21. Januar hat sich in der Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA) der bisher schwerste Störfall ereignet. In der Anlage trat Uranhexafluorid aus. Uranhexafluorid ist radioaktiv und reagiert mit Wasser zu Flußsäure. Ein Arbeiter wurde kontaminiert und zunächst in ein Gronauer Krankenhaus gebracht. Dort angekommen, wurde er postwendend in ein Krankenhaus in den Nachbarort Ochtrup transportiert, um dann nach Münster und letztlich in eine Spezialklinik nach Jülich gebracht zu werden.

Ersten Angaben zufolge bestand für die Bevölkerung „natürlich“ keine Gefahr und dem betroffenen Arbeiter sei es auch gut gegangen. Da wundert man sich jedoch, weshalb er mit einem Krankenwagen in das Gronauer Krankenhaus gebracht werden musste ... Und dann wurde am 23.1. bekannt, dass im Urin des Arbeiters Uran nachgewiesen wurde. Nach rund 10 Tagen war seine Klinik-Irrfahrt endlich beendet. Dauerhaft bleiben wird seine Angst vor Spätfolgen ...

In der UAA Gronau wird Uran für den Einsatz in AKW vorbereitet. Es hat in der Anlage bereits wiederholt „meldepflichtige Vorkommnisse“ gegeben. Dabei wurde nach offiziellen Angaben aber bislang noch nie ein Mitarbeiter der Anlage in Mitleidenschaft gezogen. Der Störfall vom 21.1. hatte eine neue Qualität. Die wichtigste Konsequenz die daraus zu ziehen ist: Die UAA Gronau muss sofort stillgelegt werden (alle anderen Atomanlagen natürlich auch). Selbstverständlich muss auch der genaue Hergang des Störfalls aufgearbeitet werden.

Der Störfall in der UAA Gronau war am Tag danach ein bundesweites Thema: Am 22. Januar versammelten sich rund 35 AtomkraftgegnerInnen zu einer spontanen Mahnwache vor dem Tor der UAA, verschiedene Übertragungswagen etli-

cher TV-Sender waren dabei vor Ort. Für Sonntag den 24.1. wurde zu einer Mahnwache vor dem Gronauer Rathaus aufgerufen, um den Protest zu den Verantwortlichen in Gronau zu tragen. Die Stadt ist zwar nicht die zuständige Genehmigungsbehörde, Bürgermeister und Stadtrat könnten aber den bisherigen Schmusekurs gegenüber dem Betreiberkonzern Urenco aufgeben und sich für die Stilllegung der UAA einsetzen. Da es seit der Kommunalwahl Ende August eine neue Mehrheit im Gronauer Stadtrat „links“ von der CDU gibt, sind neue Töne aus dem Rathaus Richtung Urenco nicht ausgeschlossen. Immerhin: Ende 2009 hat sich die Stadt Gronau gegen den Bau eines neuen AKW in den Niederlanden ausgesprochen. Und die Mahnwache am 24.1.? Sie mauserte sich mit rund 100 DemonstrantInnen zu einem spontanen Demonstrationszug. Und der Protest wuchs weiter. Am 30. Januar waren es dann 200, die auf die Straße gingen. Das war die größte Anti-UAA-Demo seit dem Herbst 2004. Zwischenzeitlich hat sich auch die Münsteraner Staatsanwaltschaft eingeschaltet, um die Hintergründe und Verantwortlichen des Störfalls zu ermitteln. Damit die Staatsanwaltschaft am Ball bleibt, hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) mit einer Strafanzeige nachgelegt.

Am 3. Februar kam der Rat der Stadt Gronau zu einer Sondersitzung zusammen. Vertreter der UAA-Betreiber schilderten den Störfall in der UAA aus ihrer Sicht. Was war geschehen? Ein als leer deklarierter Urancontainer aus Schweden war doch nicht leer, als er in der UAA geöffnet worden war. So konnte eine angeblich geringe Uranmenge austreten und den betroffenen Arbeiter kontaminieren. Offen blieb, warum die Uran-Restmenge in dem Container nicht bei der Eingangskontrolle entdeckt worden war. Immerhin sollen noch 1,6 Kg im Container gewesen sein, nicht gerade wenig! Die Präzisionswaagen der

Urenco hätten das anzeigen müssen. Doch die Urenco-Vertreter räumten letztlich ein: In den leeren Containern sind ja immer noch ca. 2 Kg enthalten. Da fragt man sich: Wenn das immer so ist, wie konnte dann angenommen werden, dass der fragliche Container aus Schweden zu 100% leer sei? Auf jeden Fall wurde deutlich: Die Gronauer Bevölkerung hat Glück im Unglück gehabt. Die Freisetzung einer großen Uranhexafluoridmenge hätte katastrophale Folgen gehabt. Und: Weit und breit sind die Krankenhäuser im Münsterland nicht auf Strahlenpatienten vorbereitet!

Nachdem 2005 der massive Ausbau der UAA Gronau genehmigt worden war und 2011 neben der UAA mit dem Bau eines Uranoxid"zwischen"lagers begonnen werden soll, erscheint die Hoffnung auf ein Ende des atomaren Spuks in Gronau utopisch. Aber: Früher gab es im hessischen Hanau sogar mehrere Atomfabriken. Und inzwischen sind alle stillgelegt. Das Unmögliche lässt sich also mitunter doch realisieren. Warum nicht auch in Gronau? Ende der 90er Jahre gab es schon einmal in Gronau breite Proteste gegen die UAA nach einem Störfall, der damals ohne Personenschaden verlaufen war. Weitere Unterstützung des Widerstandes gegen die UAA ist jetzt wichtig. In Planung ist bereits eine Aktion am Ostersonntag (4.4.) im Rahmen der Ostermarschaktivitäten. Schließlich ist nicht nur die Radioaktivität in der UAA gefährlich, sondern auch die Anreicherungstechnik als solche, die grundsätzlich auch zur Produktion von Atomwaffen dienen kann. Wichtig wird auch die NRW-Tschernobyl-Demonstration am 24.4. in Ahaus sein, die sich auch gegen die UAA Gronau richtet.

Wer den Widerstand gegen die UAA unterstützen möchte, sollte sich mit dem AKU Gronau in Verbindung setzen (Tel. 02562-23125), oder; www.aku-gronau.de.

*Udo Buchholz
AKU Gronau / BBU-Vorstandsmitglied*

Geheimprotokoll zu Gorleben Kalter Krieg ums Endlager

Bislang streng geheime Kabinettsprotokolle belegen: Bei der Standortwahl von Gorleben spielten geologische Aspekte fast keine Rolle – die Religion der Anwohner umso mehr.

Seit 33 Jahren gilt Gorleben als künftiger Standort des deutschen Endlagers für hochradioaktiven Müll. Eineinhalb Milliarden Euro sind dort im Salz versenkt worden: beim "Erkundung" genannten Bau eines Endlagerbergwerks und beim Aufrechterhalten des Bergwerksbetriebes. Die Bundesregierung will das Bergwerk nun schnell weiter ausbauen. Die Bürgerinitiative (BI) Lüchow-Dannenberg nennt die Grube im östlichsten Zipfel Niedersachsens hingegen "Investitionsruine".

Seit 33 Jahren ...

Im Dunkeln lag aber immer, warum gerade der Salzstock Gorleben am 22. Februar 1977 vom damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) als Entsorgungsstandort ausgewählt wurde. Auf Druck des Landtags wurden nun alte Kabinettsvorlagen zugänglich gemacht. Einsehbar sind zudem Dokumente einer interministeriellen Arbeitsgruppe, die 1976 aus 140 niedersächsischen Salzstöcken den angeblich geeignetsten Standort auswählte. Der taz liegen die bislang streng vertraulichen Unterlagen vor. Sie zeigen: Die Geologie, die für die Auswahl eines Standorts für ein Endlagerbergwerk entscheidend sein sollte, spielte allenfalls am Rande eine Rolle. Ministerpräsident Albrecht behandelte das geplante "Nukleare Entsorgungszentrum", das damals noch aus Wiederaufarbeitungsanlage (WAA), diversen Zwischenlagern und Endlager bestehen sollte, als gigantische Industrieansiedlung, die ein strukturschwaches Gebiet beglücken konnte. Den Ausschlag für den damals nur vier Kilometer von der DDR-Grenze entfernten Salzstock Gorleben gab ein Streit zwischen Albrecht mit dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD).

Der Bund sah das nukleare Entsorgungszentrum als zivil-militärische Anlage an. Nach einem Treffen hochrangiger Beamter aus sieben Bundes- und Landesministerien verlangte die niedersächsische Seite im Oktober 1976 in einem Vermerk zur "Bedeutung des Entsorgungszentrums" die "Präzisierung der Bundesaussage, dass eine Entsorgungsanlage nicht nur wirtschaftlich notwendig, sondern auch sicherheitspolitisch unbedingt erforderlich ist".

Die Bundesregierung befürchtete, dass die Auswahl des grenznahen Gorleben "Schwierigkeiten für die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR aufwerfen könnte". Der Bund hielt für eine WAA in Grenznähe gemeinsame Notfall- und Katastrophenschutzpläne mit der DDR für erforderlich und sah eine innerdeutschen "Zwang zu vertraglichen Vereinbarungen einschließlich finanzieller Konsequenzen". Im Klartext: Man fürchtete Geldforderungen der chronisch klammen DDR.

Hinzu kamen handfeste militärische Bedenken gegen eine DDR-nahe Plutoniumfabrik. "Die Bun-

desressorts sind der Auffassung, dass ein Entsorgungslager auf dem Salzstock Gorleben von der DDR durch eine 'Handstreichaktion' unterhalb der Schwelle der kriegerischen Auseinandersetzungen in Besitz genommen werden könnte", heißt es in einer Kabinettsvorlage. Der Bund prüfe, ob die Möglichkeit einer Handstreichaktion "wegen des eventuell strategisch bedeutsamen Materials in dem Entsorgungszentrum eine Einschaltung der Nato erfordere".

Der Bund trug seine Bedenken gegen Gorleben seinerzeit mehrfach bei Ministertreffen vor. Am 11. Februar 1977 trafen sich auch Ministerpräsident Albrecht und Kanzler Schmidt zum Gespräch. "Ich habe ferner nachdrücklich auf die Bedenken der Bundesregierung gegen den Standort Gorleben hingewiesen", schrieb Schmidt danach.

Die Mahnungen der sozialliberalen Bundesregierung blieben ohne Wirkung. Kurz vor der öffentlichen Bekanntgabe informierte Albrecht den Landesenergiebeirat über die Entscheidung für Gorleben. Nach Angaben des Geologen Gerd Lüttig stellte der CDU-Politiker dabei die Wahl Gorlebens als Retourkutsche für das ebenfalls direkt an der Grenze gelegene DDR-Endlager Morsleben dar. Albrecht habe sinngemäß gesagt: "Die ärgern uns doch mit Morsleben, ich gehe in Gorleben auch an die Zonengrenze, und da werden sich die in der Ostzone richtig ärgern", erinnert sich der 83-jährige Lüttig.

Professor Lüttig war als Vizepräsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und des Niedersächsischen Landesamts für Bodenforschung damals der ranghöchste Geologe des Landes. Albrecht habe seinerzeit vor dem Energiebeirat als weiteren Grund für die Wahl Gorlebens die Strukturschwäche des Zonenrandgebietes genannt. Er selbst habe dann auf geologische Mängel des Gorlebener Salzstocks hingewiesen, sagt Lüttig. "Ich sagte: Gorleben gehört gar nicht zu den Standorten der ersten Kategorie. Er antwortete nur: Ihr Geologen kommt auch noch dran."

... Gorleben gehört gar nicht zu den Standorten der ersten Kategorie ...

Für das geplante Nuklearzentrum gab es in den 70er-Jahren gleich zwei Auswahlverfahren. Im ersten begutachteten der Geologe Lüttig und Rudolf Wäger im Auftrag des Bundes und der Kernbrennstoff-Wiederaufarbeitungs-Gesellschaft (Kewa) mögliche Standorte. Das zweite mit dem Ergebnis Gorleben führte ganz im Stillen die erwähnte interministerielle Arbeitsgruppe der niedersächsischen Landesregierung durch. Beide Auswahlverfahren beschränkten sich auf Salz als Endlagermedium, was heute nicht mehr statthaft wäre. Zudem suchte man in beiden Verfahren vordringlich einen Salzstock, über dem auch das Entsorgungszentrum Platz hatte. Lüttig veranschlagte dafür eine Fläche von 8, die interministerielle Arbeitsgruppe sogar eine von 12 Quadratkilometern. Die obertägigen Anlagen des Erkundungsbergwerkes Gorleben bedecken heu-

te eine Fläche von gut 30 Hektar, also rund ein Vierzigstel des damals gesuchten Areals.

Lüttig führte das Auswahlverfahren in den Jahren 1972 bis 1975 durch und bezog dabei nach eigenen Angaben bundesweit 250 Salzstöcke ein. Schon damals wurden die möglichen Standorte mithilfe eines Fragenkatalogs keineswegs nur geologisch beurteilt. "Da wurde auch noch nach der Religion der Anwohner gefragt und ob sie mal aufmüpfig waren bis zurück zum Bauernkrieg", erinnert sich Lüttig. Angesichts geologischer Probleme "war Gorleben am Ende nicht dabei", berichtete Lüttig. In der Nähe habe man leicht wasserlösliches Karnalit gefunden und es sei zu Ablaugungen der Salzstockoberfläche gekommen.

Bei Lüttigs und Wagers Auswahlverfahren blieben am Ende drei Standorte in Niedersachsen übrig, die durch Bohrungen weiter exploriert werden sollten. Nachdem Albrecht im Februar 1976 mithilfe von Überläufern aus der zuvor regierenden SPD/FDP-Koalition überraschend zum Ministerpräsidenten gewählt worden war, stoppte er die Bohrungen.

Zugleich wurde schon im März 1976 die interministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt, die dann das zweite rein niedersächsische Auswahlverfahren oder, richtiger, Ausschlussverfahren durchführte. Von 140 niedersächsischen Salzstöcken schlossen die Beamten 117 wieder aus, weil es über diesen keinen Platz für ein 12 Quadratkilometer großes Atomzentrum gab.

32 von 266 erreichbaren Punkten ...

Die verbleibenden Standorte bewerteten die Beamten mithilfe einer Punktetabelle, die sehr auf die Wiederaufarbeitungsanlage zugeschnitten war: Nur maximal 32 von 266 erreichbaren Punkten entfielen auf die Geologie des Salzstocks. Ansonsten gab es etwa Punkte für Wasserversorgung, Verkehrsanbindung, geringe Gebietsnutzung, geringes Einkommen, hohe Arbeitslosenquote, Abwesenheit von Luftverkehr oder für Erdbebensicherheit. Die beiden geologischen Kriterien "Salzstockteufenlage" und "Zentralität", die 12,8 Prozent der Gesamtpunktzahl ausmachten, waren sehr allgemein: Der Salzstock durfte nicht zu tief und das WAA-Gelände musste zentral über ihm liegen. Mithilfe der Punktebewertung identifizierten die Beamten sieben mögliche Standorte. Bis auf Gorleben fanden laut den Dokumenten alle Standorte die Zustimmung des Bundes.

Praktisch keine Einwände hatten die Beamten gegen Lichtenhorst am Rande der Lüneburger Heide. Beim Standort Gorleben problematisierte die letzte und entscheidende Kabinettsvorlage ein eventuelles Gasvorkommen unter dem Salzstock, das vielleicht auch die DDR ausbeuten könne. "Ausgesprochen vorteilhaft" fand sie, dass sich in Gorleben die 12 Quadratkilometer große Fläche "im Wesentlichen im Eigentum eines Eigentümers befindet". Dieser, Andreas Graf Bernstorff, ist allerdings bis heute Gegner der Gorlebener Atomanlagen und hat nie verkauft.

Jürgen Voges

Was wäre wenn... Wir machen Druck!

Aktionen gegen eine Atommüllkippe in Gorleben!

Seit dem 24. Januar läuft die Aktionsreihe am „Erkundungs-“ Bergwerk in Gorleben – auch „Schwarzbau“ genannt - anlässlich der Ankündigung von schwarz/gelb, schnellstmöglich die Forschungsarbeiten im Salzstock wieder aufzunehmen. Mit einer weiteren Kampagne ziehen wir nun gegen die Atomlobby zu Felde – und werden uns bis in den Herbst langsam steigern...

Im Januar trafen sich neben Umweltminister Röttgen, Westerwelle, Merkel und einem Schlitten mit den „Schweinen der Atomlobby“ 150 Leute, um bei Glatteis das Bergwerk zu umrunden. Besonderen Spass hatten die, die nicht laufen mussten sondern auf Schlitten gezogen wurden.

Am 21. Februar geht es mit einem Karnevalsumzug weiter: Ab 13.00 Uhr soll es bunt, laut und fröhlich werden. Denn Widerstand soll Spass machen! Wir erwarten liebevoll geschmückte Wagen und politische Büttensreden. Kostümiert euch kreativ, es winken wertvolle Preise!

Weiter geht es im März, wir freuen uns auf eine Landmaschinenchau, die den Einblick neue und alte Feldtechnik gewährt. Liebe Bauern oder Liebhaber, fühlt euch motiviert uns eure besten oder ältesten Stücke einmal genauer zu zeigen... Um uns allen eine Vorlage für die Aktion im April, die wohl im Zusammenhang mit Ostern sein wird, zu geben.

Im Mai unterwandert der „Rollende Widerstand“ die Kulturelle Landpartie: zwischen dem 13. und 21.05. macht sich ein Haufen Aktivisten mit Traktoren und rollender Bühne auf den Weg und klappert als „Mobiler Wunderpunkt“ die Dörfer ab, um Werbung zu machen. Denn im Juni wird zwischen dem 05. und 07. Juni mit einer großen Aktion „30 Jahre Freie Republik Wendland“ gefeiert. Und im November kommt der nächste Castor.

Infos zu den Aktionen:
www.contratom.de/gorleben
Jan Becker



Einladung zur Frühjahrskonferenz der Anti-Atom-Bewegung:

19.-21. März in Ahaus

Der Atomausstieg ist wieder in aller Munde, heftig wird um Laufzeitverlängerungen gerungen, obwohl Atomindustrie und Bundesregierung mitten in einem riesigen Atommülldebakel stecken.

In Ahaus wollen wir Perspektiven für die Anti-Atom-Bewegung erarbeiten und vor allem viel Schwung holen für die Großdemos, Umzinglungen, Trecker-Trecks und Menschenketten am 24. April und darüber hinaus. Es geht darum, die Anti-Atom-Bewegung als eigenständigen bundesweiten politischen Faktor zu stärken und deutlich sichtbar zu machen.

Folgende Themenkreise werden im Vordergrund stehen:

1. Wie weiter mit dem schwarz-gelben „Ausstieg aus dem Ausstieg“?
2. Bundesweite Mobilisierung für die Demos am 24. April
3. Wie weiter nach der NRW-Wahl am 9. Mai? Perspektiven und Strategien
4. Atommülldebakel und kein Ende
5. Internationale Vernetzung und Kampagnen
6. Keine „deutschen“ AKWs und Atomexporte in Ausland!
7. Transporte, Transporte, Transporte (Uran, MOX, Castor, Ahaus ...)

Wir laden euch ganz herzlich ein, mit uns in Ahaus zu diskutieren, uns weiter zu vernetzen, gemeinsame Perspektiven zu erarbeiten und einfach auch gemeinsam Spaß zu haben. Wir wollen nach vorne gucken und Kraft tanken für die kommenden politischen Auseinandersetzungen.

Beginn ist am Freitagabend und Abschluss ist am Sonntag um 14 Uhr mit dem traditionellen Sonntagsspaziergang am Zwischenlager.

Anregungen, AG-Angebote und Anmeldungen bitte an: info@kein-castor-nach-ahaus.de
Aktuelle Infos unter: www.sofa-ms.de und www.kein-castor-nach-ahaus.de

Februar und später ...

Immer mittwochs 17 - 19 Uhr StromweXelstube im BI-Haus in Lüchow

21.2.13 Uhr, Faschingsparty am Schwarzbau. Kostümiert euch kreativ – die beste Verkleidung wird prämiert.

22.2., Standortbenennung (1977)

8.3., Frauenaktionstag „Frauen aktiv gegen Atomenergie“

www.frauengegenatom.de

18.-19.3., Fachtagung „Energie ohne Übersee-Biomasse, für eine andere Energiepolitik“ im Lorenz-Werthmann-Haus Freiburg, www.ewf-freiburg.de

18.-21.3., Landshuter Umweltmesse, www.la-umwelt.de

19.-21.3., Internationaler Kongress und Friedensmatinee in Essen, Burgplatz 1, www.friedenskultur2010.de

19.-21.3., Anti-Atom-Frühjahrskonferenz in Ahaus, www.bi-ahaus.de

21.3.13 Uhr, Landmaschinenschau mit der Bäuerlichen Notgemeinschaft am „Erkundungs“bergwerk Gorleben

27.3.9 Uhr, Lichtbildervortrag von Ulrich Uffrecht „Die Schöpfung bewahren! Atomstrom und Umwelt“ in drei Teilen, Gasthaus Wiese, Gedelitz, eine Veranstaltung des Gorlebener Gebets

27.3., Dezentraler Aktionstag gegen Energiekonzerne anlässlich des Harrisburgh-Jahrestages

28.3., Harrisberg-Katastrophe 1979

Sa 27.3., Aktionen an den Zentralen der Energieversorgungsunternehmen

28.3., Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative Lüchow Dannenberg e.V.

4.4., Aktionen an den Stationen der Atomspirale, die erste an der Urananreicherungsanlage Gronau / Ostermarsch

10.-18.4., StromweXelkampagne, www.atomausstieg-selber-machen.de

16.4./17.4., Fachtagung Gorleben „Unabhängige Wissenschaftler zur Geologie des Salzstocks“ „Alte Post“ Dannenberg

18.4.13 Uhr, Ostereier suchen am „Erkundungs“bergwerk Gorleben

21.4., Start eines Mini-Trecks vom Wendland über Uelzen, Lüneburg, Winsen nach Krümmel

24.4., Krümmel-Demo, Biblis-Demo, 12.30 Uhr Ahaus-Demo ab Bahnhof, Abschlusskundgebung am Zwischenlager, www.kein-castor-nach-ahaus.de

26.4., Gedenk- und Protestkundgebung vor dem AKW Tor I

Neckarwestheim, www.neckarwestheim.antiatom.net

26.4., Tschernobyl-Katastrophe 1986

3.bis 28.5., Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag in New York www.atomwaffenfrei.de

4.-6.5., Jahrestagung Kerntechnik in Berlin, www.kerntechnik.info

12. bis 16.5., Ökonomischer Kirchentag in München www.oekt.de

13.5. – 24.5., KLP, www.kulturelle-landpartie.de

4.6., 30 Jahre Räumung des Hüttendorfes 2004, Demo „Wi sind al dor!“ bundesweite Demo rund um das „Erkundungs“bergwerk Gorleben

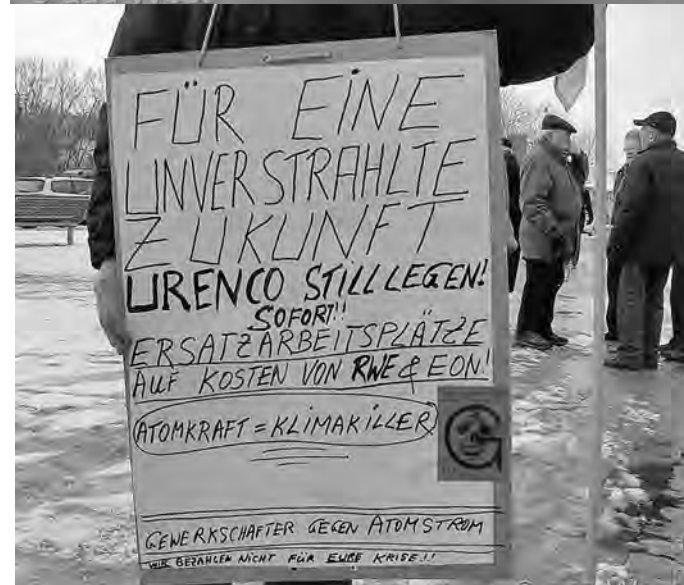
Wiederkehrende monatliche Termine

Jeden Sonntag 14:00 Uhr, Gorlebener Gebet

Jeden 1. Sonntag 14:00 Uhr, Gronau www.aku-gronau.de

Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr, Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager, BI-Ahaus

Jeden 6. eines Monats ab 14.00 Uhr, Am Tor des AKW Brokdorf Mahnwache



Ich abonniere die Gorleben Rundschau

ab der nächsten Ausgabe.

Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)

Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)

Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)

Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Konto-Nr.:

BLZ:

Geldinstitut:

Name:

Adresse:

Datum, Unterschrift

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Rosenstr. 20, 29439 Lüchow, Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 258 501 10, Konto: 004 406 072 I Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

Impressum

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V..

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

Redaktion: H. Eckert

Bildmaterial: aaa-west, contratom, Jv.d.B

Mitarbeit: K. Rudek, J. Voges, J. Becker, U. Buchholz, M. Eickhoff, E. Gräfer, T. Koopmann

Versand & Termine: L. Wente

Auflage: 1000

BI Büro: Rosenstr. 20, 29439 Lüchow

Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197,

buero@bi-luechow-dannenberg.de

www.bi-luechow-dannenberg.de

Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di + Do 15 - 18 Uhr